

Schnellinfo 07/2014, 18.06.2014

Inhalt

In eigener Sache

- Einladung zum Sommerfest des Flüchtlingsrats NRW am 28.06.2014
- Aktion zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni

Aus aktuellem Anlass

- Kampagne zum Schutz von Staatenlosen in Europa
- Grundrechte-Report 2014 veröffentlicht
- Studie dokumentiert Ressentiments gegen Flüchtlinge und Roma

Aus den Initiativen

- Flüchtlingsinitiativen demonstrieren anlässlich der Innenministerkonferenz

Europa

- Hunderte überwinden Grenzzaun vor Melilla
- Polizei räumt Flüchtlingslager in Calais
- EU-Kommissarin fordert legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge
- Polizeieinsatz gegen Protestmarsch in Luxemburg

Deutschland

- Innenministerinnen beschließen weiteres Aufnahmeprogramm für Syrien-Flüchtlinge
- PRO ASYL kritisiert Ausweitung der „sicheren Herkunftsstaaten“
- Deutscher Anwaltverein zu den Bleiberechtsplänen der Bundesregierung
- Hetze gegen Flüchtlingsunterkünfte nimmt zu

- Flüchtlings- und Kinderrechtsorganisationen richten Appell an Innenminister de Maizière
- Gewalt gegen Flüchtlingsaktivistinnen in Hamburg
- Flüchtling stirbt in bayerischer JVA

Nordrhein-Westfalen

- Aufnahmeeinrichtung soll dauerhaft in Wickede-Wimbern bleiben
- Westfälische Ausländerbehörden verzichten auf Abschiebehaft

Rechtsprechung und Erlasse

- BVerwG zum Spracherwerb als Einbürgerungsvoraussetzung
- Kein neues Asylverfahren bei Anerkennung durch einen anderen Staat
- LSG Bremen spricht Italienerin Sozialhilfe zu
- NRW-Innenministerium hält Abschiebungshaft in Büren für richtlinienkonform

Zahlen und Statistik

- 12.457 Asylanträge im Mai 2014
- Zahl der Dublin-Ersuchen verdreifacht

Materialien

- Autobiographische Erzählung beschreibt Fluchtwege nach Europa
- Roman „Nennen wir sie Eugenie“ erschienen
- Arbeitsmarktzugang bei Aufenthaltsrecht in einem anderen EU-Staat
- Aktuelle Übersicht zum Zuwanderungsrecht

In eigener Sache

Einladung zum Sommerfest des Flüchtlingsrats NRW am 28.06.2014

Datum: Samstag, 28. Juni 2014 von 14.00 bis 19.00 Uhr

Ort: Gemeindezentrum St. Johannes, Brenscheder Str. 43c, 44799 Bochum

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Unterstützerinnen,

die nächste Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW findet in Form eines Sommerfests statt. Dazu möchten wir Sie/ Euch hiermit ganz herzlich einladen. Die Einladung richtet sich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten!

Unser Fest soll dem Austausch und der weiteren Vernetzung in entspannter Atmosphäre dienen. Wir erhoffen uns eine Gelegenheit zum persönlichen Kontakt, der im Alltag leider oft zu kurz kommt. Daher freuen wir uns insbesondere auch auf Mitglieder und Interessierte, die wir noch nicht persönlich kennen oder selten sehen.

Für Verpflegung ist gesorgt und geplant ist auch ein kleines Begleitprogramm in Form von Live-Musik.

Wir freuen uns auf Ihr/Euer zahlreiches Erscheinen und bitten für unsere Planungssicherheit um eine baldige Anmeldung per E-Mail (aktionen@frrnw.de) oder Telefon (0234/58731560).

Nähere Informationen finden Sie *hier* auf unserer Website.

Mit herzlichen Grüßen

Heinz Drucks, Kirsten Eichler, Ali Ismailovski, Ingo Pickel, Frank Thomas Wortmann (Vorstand des Flüchtlingsrats NRW)

Aktion zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni
Gemeinsam mit andere Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen ruft der Flüchtlingsrat NRW für den 20.06.2014 anlässlich des Weltflüchtlingstags zu einer Aktion auf dem Dr.-Ruer-Platz in Bochum auf. Die Veranstalterinnen werden in diesem Rahmen Informationsstände anbieten, eine Installation aufstellen und eine szenische Performance aufführen. „Deutschland steht in der humanitären Pflicht Flüchtlingen vollumfänglichen Schutz und Sicherheit zu bieten! Sie sollten keine weiteren Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Anfeindungen mehr erle-

ben müssen!“, so Heinz Drucks, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrats NRW in einer Pressemitteilung vom 18.06.2014 anlässlich des bevorstehenden Weltflüchtlingstags. Der Gedenktag wurde vor 100 Jahren durch Papst Benedikt XV begründet, der vor dem Hintergrund der durch den 1. Weltkrieg ausgelösten Fluchtbewegungen dazu aufrief, an das Leid der Flüchtlinge und Vertriebenen zu erinnern. Daraus entstand im Jahre 2001 der Weltflüchtlingstag, der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf den 20. Juni gelegt wurde.

Aus aktuellem Anlass

Kampagne zum Schutz von Staatenlosen in Europa

Das European Network on Statelessness hat Ende Mai eine Online-Petition gestartet, in der die europäischen Staaten dazu aufgefordert werden, sich für den Schutz der rund 600.000 zurzeit in Europa lebenden Staatenlosen einzusetzen. Die Initiatorinnen fordern, dass alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union der UN- Staatenlosigkeitskonvention beitreten und ein funktionierendes Verfahren zur Feststellung von Staatenlosigkeit implementieren. Die Petition soll im Rahmen eines europaweiten Aktionstags gegen Staatenlosigkeit am 14.10.2014 an Spitzenpolitiker der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten übergeben werden.

European Network of Statelessness: Petition zum Schutz von Staatenlosen in Europa

Grundrechte-Report 2014 veröffentlicht

Gemeinsam mit der ehemaligen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger haben acht Bürger- und Menschenrechtsorganisationen am 03.06.2014 der Öffentlichkeit den aktuellen Grundrechte-Report vorgestellt. Auf 240 Seiten dokumentiert der „alternative Verfassungsschutzbericht“ die Folgen der NSA-Überwachungsaffäre, das demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Agieren des bundesdeutschen Verfassungsschutzes sowie den Umgang mit Migrantinnen. In einer Pressemitteilung des Grundrechtekomitees vom 03.06.2014 heißt es, der Report enthalte „zahlreiche Beispiele für die zunehmende Perfektionierung der Ausgrenzung und Abschottung gegenüber Flüchtlingen: Das beginnt mit der Überwachung und dem Zurückdrängen von Flüchtlingsbooten in internationalen Gewässern beispielsweise vor Mauretanien und Senegal; reicht

über die 340 Millionen Euro teure Aufrüstung des neuen Grenzüberwachungssystems EUROSUR - und endet noch lange nicht in der wahllosen Inhaftierung von Flüchtlingen in Europa, für die sich niemand zuständig fühlt und denen selbst einfachste Unterkünfte verweigert werden“.

Grundrechtekomitee: Präsentation des Grundrechte-Reports 2014 (03.06.2014)

Studie dokumentiert Ressentiments gegen Flüchtlinge und Roma

Seit 2002 veröffentlicht die Universität Leipzig alle zwei Jahre eine sozialpsychologische Studie, die über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland Auskunft gibt. Am 04.06.2014 wurde die diesjährige Ausgabe der Studie der Öffentlichkeit vorgestellt. Während der Anteil der Befragten, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen, im Vergleich mit den Vorjahren deutlich zurückgegangen ist, konnte gleichzeitig ein erschreckendes Ausmaß an Ressentiments gegenüber Flüchtlingen und Angehörigen der Roma beobachtet werden. Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten stimmten den Aussagen „Sinti und Roma neigen zu Kriminalität“ bzw. „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ zu. Auch die Ablehnung gegenüber Muslimen hat im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zugenommen.

Universität Leipzig: Die stabilisierte Mitte - rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014 (04.06.2014)

Universität Leipzig: Die stabilisierte Mitte (PDF, 0,8 MB)

Aus den Initiativen

Flüchtlingsinitiativen demonstrieren anlässlich der Innenministerkonferenz

Rund 400 Menschen sind nach Veranstalterangaben am 12.06.2014 dem Aufruf von Jugendliche ohne

Grenzen und anderen Flüchtlingsinitiativen gefolgt und in Bonn unter dem Motto „Bleiberecht für alle, jetzt sofort!“ auf die Straße gegangen. Die Initiatorinnen wollten mit der Demonstration, die parallel

zum Treffen der Innenministerinnen von Bund und Ländern stattfand, auf ihre Forderungen nach einem bedingungslosen Bleiberecht für alle in Deutschland lebenden Flüchtlinge, der Abschaffung von Abschiebehaf und Abschiebungen und der Chancengleichheit bei Bildung, Ausbildung und Arbeit aufmerksam machen. Im Rahmen einer von der Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ organisierten Konferenz, die ebenfalls zeitgleich mit dem Innenministerintreffen in Bonn stattfand, wurde Bundesinnenminister Thomas de Maizière zum Abschiebeminister des Jahres 2014 gewählt. „Den Negativpreis erhält der Bundesinnenminister für die geplante Asylrechtsverschärfung und die öffentliche Stimmungsmache gegen Flüchtlinge aus den Balkanländern“, so die

Veranstalterinnen in einer Pressemitteilung vom 12.06.2014. Der diesjährige Initiativpreis, mit dem „Jugendliche ohne Grenzen“ jedes Jahr besonders engagierte Gruppen und Einzelpersonen ehrt, ging dieses Mal an die Initiativen „Refugees Welcome Bonn“ und „No Lager Osnabrück“ sowie an Ingrid Just aus Mülheim, die seit den 80er Jahren im Flüchtlingsrat Mülheim und im Flüchtlingsrat NRW aktiv ist und in dieser Zeit mehrere Kirchenasyle mit organisierte und betreute.

Jugendliche ohne Grenzen: Gala-Abend für Flüchtlingsrechte mit Vergabe des Initiativpreis (13.06.2014)

Europa

Hunderte überwinden Grenzzaun vor Melilla
Über 1.000 Menschen haben sich am 28.05.2014 an dem Versuch beteiligt, die Grenzanlagen der spanischen Exklave Melilla zu überwinden. Mehr als 400 Flüchtlingen ist es dabei gelungen, auf spanisches Territorium zu gelangen. Nach Medienberichten war dies die größte Aktion dieser Art seit 2005. Bereits im Februar und März dieses Jahres war es größeren Gruppen von Flüchtlingen geglückt, die meterhohen Grenzzäune zu überwinden, die die in Nordafrika gelegenen spanischen Exklaven Ceuta und Melilla von Marokko trennen.

Tagesschau: Hunderte schaffen es über den Zaun (28.05.2014)

Polizei räumt Flüchtlingslager in Calais
Die französische Polizei hat am 28.05.2014 in der Hafenstadt Calais mehrere improvisierte Zeltlager geräumt, in denen Flüchtlinge Unterschlupf gefunden hatten. Die Maßnahme sei aus medizinischen und hygienischen Gründen geboten gewesen, so die zuständigen Behörden. In den Zeltlagern hätten die Krätze und andere Krankheiten kursiert. Hilfsorganisationen kritisierten die Aktion dennoch scharf. Durch die Räumung der Zeltlager würde sich die Situation für die in Calais lebenden Flüchtlinge weiter verschlechtern. Die nordfranzösische Hafenstadt hat sich seit längerem zu einem Knotenpunkt von

Migrationsbewegungen entwickelt. Hunderte Flüchtlinge warten dort auf eine Möglichkeit, nach Großbritannien zu gelangen.

taz: Französische Polizei räumt Lager (28.05.2014)

EU-Kommissarin fordert legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge

In einem Interview mit der Zeitung Die Welt hat die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström die europäischen Staaten am 05.06.2014 am Rande des Treffens der europäischen Innenministerinnen dazu aufgefordert, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und legale Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende zu schaffen. Dies könne verhindern, dass Flüchtlinge auf gefährlichen Wegen mithilfe von Schleuserinnen einreisen. Malmström prognostizierte, dass die Zahl der Flüchtlinge über Jahrzehnte weiter ansteigen werde. Sie kündigte an, dass die Mitgliedsstaaten der Union für jeden Flüchtling, der im Rahmen eines Resettlement-Programms dauerhaft aufgenommen würde, künftig 6.000 Euro von der Europäischen Union erhalten werden. Dadurch sollten die Kosten für die Aufnahme und die Integration teilweise kompensiert und die Flüchtlingsaufnahme attraktiver gemacht werden. Die bisher äußerst geringe Aufnahmebereitschaft der europäischen Staaten bezeichnete Malmström als „eine Schande“.

In einer Pressemitteilung vom 05.06.2014 forderte PRO ASYL, dass die „beschämende europäische Verweigerungshaltung und Gleichgültigkeit angesichts der größten humanitären Krise dieses Jahrhunderts“ beendet werden müsse. Die Appelle der EU-Innenkommissarin seien bis jetzt weitgehend ungehört verhallt, weil der politische Wille der EU-Mitgliedsstaaten fehle. PRO ASYL forderte die politisch Verantwortlichen dazu auf, sichere Wege für syrische Flüchtlinge nach Europa zu eröffnen, Zurückweisungen an den EU-Außengrenzen zu beenden und unbürokratische Familienzusammenführungen zu ermöglichen.

Die Welt: „Es kommen noch Jahrzehnte Flüchtlinge nach Europa“ (05.06.2014)

PRO ASYL: „Gleichgültigkeit beenden – syrische Flüchtlinge aufnehmen!“ (05.06.2014)

Polizeieinsatz gegen Protestmarsch in Luxemburg

Rund 100 Flüchtlinge beteiligen sich seit Ende Mai an einem „Marsch für die Freiheit“ von Straßburg nach Brüssel, mit dem sie gegen die restriktive Flüchtlingspolitik der europäischen Staaten protestieren wollen. Dabei ist es in Luxemburg am 05.06.2014 zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, als die Aktivistinnen vor ein Kongressgebäude zogen, in dem zeitgleich die europäischen Innenministerinnen tagten. Das berichtete die taz am 06.06.2014. Den Flüchtlingen sei es lediglich darum gegangen, mit den Politikerinnen über ihre Forderungen zu diskutieren, so ein Sprecher des Protestmarschs. Dennoch gingen die anwesenden Polizeibeamtinnen mit Pfefferspray gegen die Aktivistinnen vor und setzten Hunde ein, um die Demonstrantinnen auseinander zu treiben. 13 Aktivistinnen wurden bei dem Einsatz festgenommen.

taz: Mit Hunden gegen Flüchtlingsprotest (06.06.2014)

Deutschland

Innenministerinnen beschließen weiteres Aufnahmeprogramm für Syrien-Flüchtlinge

Die Bundesrepublik wird im Zuge eines neuen Aufnahmeprogramms noch einmal 10.000 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen. Darauf haben sich die Innenministerinnen von Bund und Ländern bei ihrer Zusammenkunft am 12.06.2014 in Bonn verständigt. Seit Beginn des Bürgerkriegs im Frühjahr 2011 hatte die Bundesregierung bereits zwei Mal die Aufnahme von je 5.000 Syrerinnen beschlossen. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger zeigte sich erfreut über die erzielte Einigung. Der Bürgerkrieg in Syrien sei „die humanitäre Katastrophe dieses Jahrzehnts“. Lob kam auch vom Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen. Der Beschluss der Innenministerinnen sei ein „weiterer starker Beleg für die führende Rolle Deutschlands bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge außerhalb der Konfliktregion“ und ein „wichtiges Zeichen der Solidarität mit den Opfern dieses furchtbaren Konfliktes“. PRO ASYL bezeichnete die Zahl von 10.000 Aufnahmeplätzen dagegen als unzureichend. „Der Beschluss der Innenminister bedeutet, dass mehr als 60.000 Angehörige in Verzweiflung und Hoffnungslo-

sigkeit vor den Toren Europas zurückbleiben werden“, hieß es in einer Pressemitteilung vom 13.06.2014. Die Flüchtlingsorganisation hatte im Vorfeld der Innenministerkonferenz gefordert, 80.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen. Kritik übte PRO ASYL auch an der Haltung der anderen europäischen Staaten. Sie würden bei der Syrienaufnahme völlig versagen.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW: Deutschland nimmt mehr syrische Flüchtlinge auf (12.06.2014)

UNHCR: UNHCR begrüßt IMK-Entscheidung zur weiteren Aufnahme syrischer Flüchtlinge (13.06.2014)

PRO ASYL: Zur Aufnahme 10.000 weiterer syrischer Flüchtlinge (13.06.2014)

PRO ASYL kritisiert Ausweitung der „sicheren Herkunftsstaaten“

In einer Pressemitteilung vom 04.06.2014 hat PRO ASYL die Pläne der Bundesregierung, neben Serbien,

Mazedonien und Bosnien-Herzegowina nun auch Montenegro und Albanien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, scharf kritisiert. Ländern, in denen Minderheiten massiv diskriminiert, Journalistinnen bedroht oder Schwule und Lesben straffrei angegriffen würden, könne kein Persilschein ausgestellt werden. Bereits im April 2014 hatte PRO ASYL ein kritisches Gutachten zur geplanten Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten veröffentlicht. Anfang Juni hat die Flüchtlingsorganisation nun ein weiteres Gutachten in Bezug auf Albanien und Montenegro erstellt.

PRO ASYL: Von wegen „sichere Herkunftsstaaten“ (04.06.2014)

PRO ASYL: Gutachten zu Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina (April 2014, PDF, 1,9 MB)

PRO ASYL: Gutachten zu Albanien und Montenegro (Juni 2014, PDF, 0,8 MB)

Deutscher Anwaltverein zu den Bleiberechtsplänen der Bundesregierung

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) hat Anfang Juni eine umfangreiche Stellungnahme zu den Plänen der Bundesregierung für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung veröffentlicht. Im Begleitschreiben zu der Stellungnahme heißt es, der Deutsche Anwaltverein bedauere, „dass der Gesetzentwurf das Bleiberecht mit einer Reihe weiterer, teils tiefgreifender Änderungen des Aufenthaltsrechts verknüpft, die ausnahmslos zu Lasten der Betroffenen gehen. Es wird die Gelegenheit wahrgenommen, eine Reihe integrationsfeindlicher Einschränkungen vorzunehmen, ohne dass hierfür eine Rechtfertigung gegeben wäre“.

Deutscher Anwaltverein: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung (Juni 2014, PDF, 0,2 MB)

Hetze gegen Flüchtlingsunterkünfte nimmt zu

Die Zahl der Aufmärsche und Kundgebungen, die sich gegen Flüchtlingsunterkünfte richten, hat im ersten Quartal 2014 weiter zugenommen. Das geht

aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervor. Demnach haben zwischen Januar und März 2014 bereits 20 solcher Versammlungen mit mehr als 20 Teilnehmerinnen stattgefunden. Im gesamten Jahr 2013 waren es nach Zählung der Bundesregierung nur 17. An der Richtigkeit dieser Zahlen bestehen jedoch Zweifel. So gehen antifaschistische Initiativen von deutlich mehr rechten Versammlungen an Flüchtlingsunterkünften aus.

Ulla Jelpke: Weiterer Anstieg von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte (29.05.2014)

NRW Rechtsaußen: Rechte Gewalt im Umfeld von Flüchtlingswohnheimen stark angestiegen (06.01.2014)

Flüchtlings- und Kinderrechtsorganisationen richten Appell an Innenminister de Maizière
Insgesamt 16 Flüchtlings- und Kinderrechtsorganisationen, unter ihnen UNICEF, PRO ASYL und der Flüchtlingsrat NRW, haben im Vorfeld des Treffens der europäischen Innenministerinnen Anfang Juni in Luxemburg einen Offenen Brief an Bundesinnenminister Thomas de Maizière unterzeichnet. Darin fordern die Initiatorinnen die Bundesrepublik Deutschland dazu auf, ihre bestehenden Verpflichtungen für Kinder wahrzunehmen und sich dafür einzusetzen, dass Kinderrechte auf EU-Ebene Vorrang erhalten. Viele Flüchtlingskinder in vulnerablen Situationen fielen derzeit durch die Lücken des Rechtsrahmens. Ihr Zugang zu Justiz und zu essentiellen Leistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung sei in der EU eingeschränkt. Beim Versuch nach Europa einzureisen, würden sie oft festgehalten, in Haft genommen oder ausgewiesen und unterlägen kollektiven Ausweisungen, „Push-Backs“ und Praktiken der Grenzkontrolle, die ihr Leben gefährdeten. Die Unterzeichnerinnen fordern daher einen gleichberechtigten Zugang zu Unterstützungsleistungen, Schutz und Justiz, die Beendigung der Inhaftierung von Kindern und die Umsetzung der existierenden Verpflichtungen, um Kinderrechte für jedes Kind Wirklichkeit werden zu lassen.

Gemeinsamer offener Brief an den Bundesinnenminister „Setzen Sie sich dafür ein, dass Kinderrechte in der künftigen EU-Politik im Bereich Migration und Asyl Vorrang haben.“ (PDF, 0,5 MB)

Gewalt gegen Flüchtlingsaktivistinnen in Hamburg

Die Polizei hat am 05.06.2014 eine Sitzblockade von Flüchtlingsaktivistinnen vor dem Hamburger Rathaus gewaltsam aufgelöst. Die Demonstrantinnen wollten mit der Aktion auf die weiterhin ungeklärte Situation der afrikanischen Flüchtlinge aufmerksam machen, die Anfang 2013 aus Italien nach Deutschland eingereist waren. Die taz berichtete am 06.06.2014, dass Polizistinnen bei der Räumung auf sitzende Flüchtlinge eingepürgelt hätten. Drei Menschen seien wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte festgenommen worden. Mehrere Polizistinnen hätten jedoch den Befehl der Einsatzleitung verweigert, weil sie die gewaltsame Räumung für unrechtmäßig hielten.

taz: Gewissen in Uniform (06.06.2014)

Flüchtling stirbt in bayerischer JVA

Ein 28-jähriger Flüchtling aus dem Kosovo ist Ende Mai nach einer körperlichen Auseinandersetzung mit Angestellten der JVA Landshut verstorben. Der Mann

hatte Anfang April seine Abschiebung nach Ungarn verhindert, indem er eine Stewardess als Geisel genommen und verletzt hatte. Seither saß er in Landshut in Untersuchungshaft. Nach Presseberichten soll der 28-Jährige dann Ende Mai in seiner Zelle randaliert und sich selbst verletzt haben. Als Angestellte der JVA eingreifen wollten, habe sich der Mann gewehrt und einen Beamten mit einer Glasscherbe verletzt. Während der Auseinandersetzung sei es plötzlich zum Atem- bzw. Herzstillstand gekommen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen die beteiligten JVA-Angestellten.

Der Bayerische Flüchtlingsrat forderte in einer Pressemitteilung vom 02.06.2014 politische Konsequenzen aus dem Vorfall. „Wenn jemand so sehr an der Angst vor der Abschiebung nach Ungarn verzweifelt, wird die Drastik der Situation offenbar. Ein Abschiebestopp nach Ungarn ist längst überfällig und muss umgehend umgesetzt werden“, so Stephan Dünnwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Das ungarische Asylsystem weise eklatante Missstände auf. Daher dürften Flüchtlinge nicht länger in das osteuropäische Land abgeschoben werden.

Bayerischer Flüchtlingsrat: „Politische Reaktion nach Landshuter Todesfall nötig!“ (02.06.2014)

Nordrhein-Westfalen

Aufnahmeeinrichtung soll dauerhaft in Wickede-Wimbern bleiben

Nach Plänen der Bezirksregierung Arnsberg soll das ehemalige Marienkrankenhaus in Wickede-Wimbern dauerhaft als Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge genutzt werden. Das berichtete das Nachrichtenportal Der Westen am 10.06.2014. Die Gemeinde Wickede hatte angekündigt, gegen die Nutzungspläne des Landes zu klagen. Der Ortsteil Wickede-Wimbern beheimatet rund 800 Menschen. Die Pläne, dort eine Aufnahmeeinrichtung für neu ankommende Flüchtlinge zu eröffnen, hatten in dem Dorf für massiven Unmut gesorgt. Momentan wird das ehemalige Marienkrankenhaus als Notunterkunft für bis zu 280 Flüchtlinge genutzt.

Der Westen: Ex-Krankenhaus in Wimbern soll dauerhaft Asylbewerberheim sein (10.06.2014)

Westfälische Ausländerbehörden verzichten auf Abschiebehaft

Aufgrund des andauernden Rechtsstreits über die Rechtmäßigkeit der momentanen Abschiebehaftpraxis in NRW haben sich mehrere Ausländerbehörden im Hochsauerlandkreis und im Kreis Paderborn dazu entschieden, vorerst keine Haftbefehle mehr zu beantragen. Das berichtete das Online-Portal Der Westen am 08.06.2014. Die Ausländerbehörden sähen keine Aussicht auf Erfolg, da sie davon ausgingen, dass die Haftbefehle durch das Landgericht Paderborn aufgehoben würden. Hintergrund dieser Entwicklung ist die Einschätzung der Generalanwaltschaft des Europäischen Gerichtshofs, nach der Abschiebegefangene nicht in derselben Einrichtung wie Strafgefangene untergebracht werden dürfen, wenn in dem betreffenden Staat auch spezielle Abschiebegefängnisse existieren. Demnach wäre die Abschiebehaft in der JVA Büren zurzeit nicht zulässig.

Rechtsprechung und Erlasse

BVerwG zum Spracherwerb als Einbürgerungsvoraussetzung

Kann eine Ausländerin wegen Krankheit, Behinderung oder Alters nicht die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben, darf ihrem Einbürgerungsbegehren nicht entgegengehalten werden, sie habe es in der Vergangenheit versäumt, sich diese Kenntnisse anzueignen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 05.06.2014 entschieden (BVerwG 10 C 2.14). Ob die Ausländerin in der Vergangenheit ausreichende Sprachkenntnisse hätte erwerben können, sei dabei ohne Bedeutung. Im konkreten Fall hatte eine 1939 geborene iranische Staatsangehörige geklagt, weil ihr die Einbürgerung mit Verweis auf mangelnde Sprachkenntnisse verweigert worden war. Sie gab an, aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage zu sein, die gesetzlich vorgeschriebenen deutschen Sprachkenntnisse zu erwerben.

Bundesverwaltungsgericht: Frühere Versäumnisse beim Spracherwerb hindern Einbürgerung nicht (05.06.2014)

Kein neues Asylverfahren bei Anerkennung durch einen anderen Staat

Mit seinem Urteil vom 17.06.2014 (BVerwG 10 C 7.13) hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass eine Ausländerin, die in einem anderen Staat bereits als Flüchtling anerkannt wurde, in Deutschland nicht erneut Flüchtlingsschutz oder subsidiären Schutz beanspruchen kann. In dem Fall, der der Entscheidung des Gerichts zugrunde lag, hatte ein aus Somalia stammender Mann, der in Italien bereits als Flüchtling anerkannt worden war, subsidiären Schutz in Deutschland ersucht. Das Begehren war laut Bundesverwaltungsgericht zurückzuweisen, weil dem Kläger aufgrund der ausländischen Anerkennung bereits Abschiebungsschutz in Bezug auf sein Herkunftsland Somalia zustehe.

Bundesverwaltungsgericht: Kein neues Asylverfahren bei ausländischer Flüchtlingsanerkennung (17.06.2014)

LSG Bremen spricht Italienerin Sozialhilfe zu

Mit Beschluss vom 23.05.2014 (LSG L 8 SO 129/14 B ER) hat das Landessozialgericht Bremen die Stadt Bremen dazu verpflichtet, einer italienischen Staatsangehörigen Leistungen nach dem SGB XII zu gewähren. Nach Artikel 1 des Europäischen Fürsorgeabkommens sei jeder Vertragsstaat verpflichtet, „Staatsangehörigen der anderen Vertragsstaaten, die sich in irgendeinem Teil seines Gebietes, auf das dieses Abkommen Anwendung findet, erlaubt aufhalten und nicht über ausreichende Mittel verfügen, in gleicher Weise wie seine eigenen Staatsangehörigen und unter den gleichen Bedingungen die Leistungen der sozialen und Gesundheitsfürsorge zu gewähren, die in der in diesem Teil seines Gebietes geltenden Gesetzgebung vorgesehen sind“. Vor dem Hintergrund dieser Entscheidung sollte Ausländerinnen, die ausschließlich zum Zwecke der Arbeitssuche eingereist sind, weiterhin dazu geraten werden, nicht nur einen Leistungsantrag beim Jobcenter, sondern gleichzeitig auch beim Amt für Soziale Dienste zu stellen.

NRW-Innenministerium hält Abschiebungshaft in Büren für richtlinienkonform

In einem erst jetzt veröffentlichten Erlass vom 05.03.2014 hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) zu der Frage Stellung bezogen, ob die gemeinsame Unterbringung von Strafgefangenen und Abschiebehäftlingen in der JVA Büren mit den Vorgaben der EU-Rückführungsrichtlinie vereinbar sei. Das MIK erklärt darin, dass es weiterhin davon ausgeht, „dass Abschiebungshaft in der JVA Büren richtlinienkonform vollzogen wird. Insoweit wird den Ausländerbehörden geraten, in Fällen, in denen einfachgerichtlich

ein Abschiebungshaftantrag oder ein Verlängerungsantrag abgelehnt oder ein Haftbeschluss aufgehoben oder außer Vollzug gesetzt wird, rechtzeitig das geeignete Rechtsmittel einzulegen.“ Sei die Betroffene erst aus dem Gewahrsam entlassen, sei aufgrund fehlenden Rechtsschutzinteresses ein Rechtsmittel nicht mehr möglich.

MIK NRW: Gewährleistung des Abschiebungshaftvollzugs in NRW (05.03.2014)

Zahlen und Statistik

12.457 Asylanträge im Mai 2014

Im Mai 2014 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 12.457 Asylanträge gestellt, 49,0 Prozent mehr als im Vorjahresmonat Mai 2013. Davon waren 11.160 Erstanträge und 1.297 Folgeanträge. Entschieden hat das Bundesamt im Mai 2014 über die Anträge von 9.394 Personen. 2.021 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (21,5 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 397 Personen (4,2 Prozent) europarechtlichen subsidiären Schutz. Bei 153 Personen (1,6 Prozent) wurden Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: 12.457 Asylanträge im Mai 2014 (12.06.2014)

Zahl der Dublin-Ersuchen verdreifacht

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat in der Ausgabe 4/2014 seines „Entscheidungsbriefts“ aktuelle Zahlen zur Überstellung von Flüchtlingen auf Grundlage der Dublin-Vereinbarung veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass sich die Zahl der Übernahmearsuchen, die Deutschland an andere europäische Staaten gerichtet hat, im Jahr 2013 gegenüber 2012 verdreifacht hat. Dabei lag diese Zahl mit 35.280 rund achtmal höher als die Zahl der Ersuchen, die von anderen Staaten an Deutschland gestellt wurden (4.382). Die meisten Übernahmearsuchen stellte die Bundesrepublik an Polen (13.902) und Italien (5.827).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Entscheidungsbrief 4/2014 (10.04.2014, PDF, 1,4 MB)

Materialien

Autobiographische Erzählung beschreibt Fluchtwege nach Europa

Im Mai 2014 ist die autobiographische Erzählung „Mein Weg vom Kongo nach Europa“ im Mandelbaum Verlag erschienen. Darin berichtet der Autor und Flüchtlingsaktivist Emmanuel Mbolela über seine politischen Aktivitäten im Kongo und die Hintergründe seiner Flucht, über den langen Weg nach Europa und über die Erfahrungen von Diskriminierung und Ausbeutung, die er nach seiner Ankunft in den Niederlanden machen musste.

Emmanuel Mbolela: Mein Weg vom Kongo nach Europa – Zwischen Widerstand, Flucht und Exil

Roman „Nennen wir sie Eugenie“ erschienen

Anfang Juni ist im „Verlag 3.0“ der Roman „Nennen wir sie Eugenie“ erschienen, der die Fluchtgeschichte einer homosexuellen Frau aus dem Senegal beschreibt. Die junge Eugenie, die kurz vor Beginn ihres Studiums steht, muss den Senegal verlassen, weil ihre Liebe zu einer anderen Frau entdeckt wird. Eugenie flieht nach Deutschland, wo sie Schutz und Hilfe erhofft und um Asyl bittet. Das übliche Asylverfahren beginnt und sie muss alles über sich ergehen lassen, ohne wirklich zu verstehen, was die Behörden in diesem ihr so fremden Land mit ihr vorhaben. Eugenie erlebt den Alltag in der Flüchtlingsunterkunft, einer heruntergekommenen ehemaligen Ka-

serne, bestimmt von Perspektivlosigkeit, Langeweile und der ständigen Angst vor der Abschiebung zurück in ihre Heimat, wo sie Gefängnis und die Morddrohungen ehemaliger Freunde erwarten. Eugenie trifft andere Geflüchtete, die alle ihre eigenen Schicksale mitbringen. Und sie trifft Jeff, eine deutsche Aktivistin, die sie unterstützt und in der sie eine Freundin findet. Gemeinsam versuchen sie alles, um Eugenes Abschiebung zu verhindern.

Verlag 3.0: Nennen wir sie Eugenie

Arbeitsmarktzugang bei Aufenthaltsrecht in einem anderen EU-Staat

Die Zahl der Angehörigen von Drittstaaten, die etwa in Spanien, Portugal, Griechenland oder Italien leben und ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland verlagern wollen, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Für Drittstaatsangehörige aus anderen EU-Staaten besteht zwar in den allermeisten Fällen eine innereuropäische Reisefreiheit, anders als für Unionsbürgerinnen, jedoch keine unbeschränkte Freizügigkeit für eine dauerhafte Niederlassung innerhalb der EU. Das Netzwerk „Integration durch Qualifizie-

rung“ hat daher im Juni eine Arbeitshilfe für die Beratungspraxis herausgegeben, in der die Möglichkeiten der Niederlassung sowie des Zugangs zum Arbeitsmarkt und den Sozialsystemen erläutert werden.

IQ-Netzwerk: Der Aufenthalt in Deutschland von Drittstaatsangehörigen mit Daueraufenthaltsrecht-EU in einem anderen EU-Mitgliedsstaat (PDF, 0,3 MB)

Aktuelle Übersicht zum Zuwanderungsrecht
Die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) aus Münster hat im Juni 2014 zwei aktuelle Arbeitshilfen zum Zuwanderungsrecht veröffentlicht. Die beiden Präsentationen informieren unter anderem über die verschiedenen Aufenthaltstitel, Abschiebungshindernisse und die Fristen im Aufenthaltsgesetz und Asylverfahrensgesetz.

GGUA: Übersichten und Arbeitshilfen

Termine

18.06.2014: Filmvorführung „Fremd“. 19.00 Uhr, Endstation Kino, Wallbaumweg 108, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.endstation-kino.de

18.06.2014: Mahnwache zum Flüchtlingsschutz. 18.00 Uhr, Elisenbrunnen, Aachen.
Weitere Informationen finden Sie unter www.amnesty.de

20.06.2014: Solidaritätskundgebung für den Flüchtlingsprotestmarsch nach Brüssel. 17.00 Uhr, Stubengasse, Münster.
Weitere Informationen finden Sie unter www.initiativems.blogspot.de

20.06.2014: Performance „Flüchtlingsrealitäten“. 13.30 und 15.00 Uhr, Dr.-Ruer-Platz, Bochum
Weitere Informationen finden Sie unter www.mfh-bochum.de

20.-26.06.2014: Wanderausstellung zum Thema Folter. Pauluskirche, Grabenstraße 9, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.mfh-bochum.de

21.06.2014: Filmvorführung „Zwischen Welten“. 15.00 Uhr, Casablanca Kino, Kortumstraße 11, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.mfh-bochum.de

21.06.2014: Theater-Performance „Zwei Stunden in Syrien leben“. 18.00 Uhr, Willy-Brandt-Platz, Essen
Weitere Informationen finden Sie unter www.radioessen.de

23.06.2014: Fortbildungsseminar „Positive Gestaltungsmöglichkeiten von kommunaler Flüchtlingspolitik“. 18:30 Uhr, Martinszentrum, An der Martinskirche 1, Bottrop.
Für weitere Informationen kontaktieren Sie [Marinella.Maltese\(at\)ev-kirche-bottrop.de](mailto:Marinella.Maltese(at)ev-kirche-bottrop.de)

23.06.2014: Vortrag „Bürger gegen Flüchtlingsheime“. 18.00 Uhr, Raum 119, Evangelische Fachhochschule, Immanuel-Kant-Straße 18-20, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.efh-bochum.de

23.06.2014: Filmvorführung „The Act of Killing“. 17.30 Uhr, Endstation Kino, Wallbaumweg 108, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.mfh-bochum.de

25.06.2014: Theatervorführung „Der Tod und das Mädchen“. 19.00 Uhr, Theater, Rottstraße 5, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.mfh-bochum.de

26.06.2014: Vortrag „Zuwanderer aus der Türkei in Bochum und Umgebung: Migrationsgeschichte und psychische Gesundheit“. 14.30 Uhr, Volkshochschule, Gustav-Heinemann-Platz 2-6, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.bo-alternativ.de

02.07.2014: Filmvorführung „Stepping Forward“. 19.00 Uhr, Endstation Kino, Wallbaumweg 108, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.endstation-kino.de

02.07.2014: Vortrag „Blutcoltan - Mein Handy und der Krieg im Kongo“. 19.00 Uhr, Forum VHS im Rautenstrauch-Joest Museum, Cäcilienstraße 29-33, Köln.
Weitere Informationen finden Sie unter www.allerweltshaus.de

05.-06.07.2014: Fachseminar zum Istanbul-Protokoll. Ärztekammer Nordrhein, Tersteegenstr. 9, Düsseldorf.
Weitere Informationen finden Sie unter www.mfh-bochum.de

09.07.2014: Filmvorführung „Revision“. 19.00 Uhr, Endstation Kino, Wallbaumweg 108, Bochum.
Weitere Informationen finden Sie unter www.endstation-kino.de

11.09.2014: Fachtagung zur pädagogischen Arbeit mit jungen Roma. 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr, Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation (zakk), Fichtenstr. 40, Düsseldorf.
Weitere Informationen finden Sie unter www.kfi.nrw.de